

Antrag 118/II/2022**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Dividendenzahlungen von Unternehmen verbieten, die sich vom Staat mit Kurzarbeitergeld helfen lassen**

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Ge-
2 setzesentwurf in den Bundestag einzubringen, der Divi-
3 dendenzahlungen bei Unternehmen untersagt, die für ih-
4 re Beschäftigten Kurzarbeitergeld beantragt haben. Das
5 zweifelsfrei leider viel zu oft angewendete Prinzip „Ge-
6 winne privatisieren, Verluste sozialisieren“ gehört endlich
7 beendet.

8
9 Steuerzahler:innen dürfen nicht für konjunkturelle und
10 / oder krasse unternehmerische Fehlentscheidungen zur
11 Kasse gebeten werden, während die Aktionär:innen dafür
12 keinen Beitrag zahlen müssen, sondern im Gegenteil so-
13 gar noch Dividenden für den Zeitraum der Kurzarbeit aus-
14 gezahlt bekommen.

15
16 Es darf künftig nicht mehr vorkommen, dass sich Un-
17 ternehmen in einer Wirtschaftskrise Personalkosten aus
18 Kurzarbeitergeld finanzieren lassen, um so am Ende so-
19 gar noch den Unternehmensgewinn zu erhöhen und Ge-
20 winnausschüttungen an die Eigner:innen sowie Bonizah-
21 lungen an Vorstände vorzunehmen und ggf. sogar noch zu
22 steigern.

23
24 **Begründung**

25 Nach einer Untersuchung am Institut für Politikwissen-
26 schaft der Universität Frankfurt haben von den damals
27 30 Dax-Konzernen 2020 elf zeitweise Kurzarbeit genutzt
28 und dennoch zusammen fast 14 Milliarden Euro Dividen-
29 den ausgeschüttet. Die Mercedes-Benz Group hat ihre Di-
30 vidende von 2020 (1,35 Euro) für 2021 auf 5,00 Euro so-
31 gar noch gesteigert. Mercedes steigerte 2021 seinen Ge-
32 winn von 2,7 auf rund vier Milliarden Euro. Grund dafür
33 seien unter anderem Kosteneinsparungen gewesen, teilte
34 das Unternehmen mit. Von der Agentur für Arbeit erhielt
35 Daimler etwa 500 Millionen Euro Kurzarbeitergeld.

36
37 Solch ein Vorgehen ist moralisch hochgradig fragwür-
38 dig. Kurzarbeit soll als Instrument eingesetzt werden, um
39 Arbeitnehmer:innen in Wirtschafts- und unternehmeri-
40 schen Krisen zu schützen – nicht um die Gewinne von
41 Konzernen zu maximieren. Und in den letzten Jahren sind
42 die Gründe für Kurzarbeit oft nicht allein der Corona-
43 Pandemie zuzuschreiben, sondern fatale unternehmeri-
44 sche Fehlentscheidungen des Managements: wie eine zu
45 geringe Lagerhaltung oder Beschaffung von Ersatzteilen,
46 Chips und Rohstoffen. Für diese Fehlleistungen müssen
47 das Management und die Eigner:innen, nicht aber die Ar-

48 beitnehmer:innen und die Steuerzahler:innen geradeste-
49 hen.
50
51 Das Argument, Kurzarbeitergeld sei eine Sozialversiche-
52 rungsleistung, ist seit langem nicht mehr richtig: 2020 hat
53 die Bundesagentur für Arbeit (BA) dafür 22,1 Milliarden Eu-
54 ro gezahlt, 2021 wird die Behörde statt der ursprünglich
55 veranschlagten sechs Milliarden Euro wohl doppelt so viel
56 ausgeben. Die Milliardendefizite im BA-Haushalt, die da-
57 durch entstehen, gleicht der Staat mit Steuergeld aus. Und
58 Steuerzahler:innen sollten nicht die Gewinne und Aus-
59 schüttungen von Unternehmen finanzieren.